

Datum: 26.02.2025 08:26 CET

Betreff: **Offene Mail an F. Merz und A. Dobrindt wg Kleine Anfrage zur politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen (BT-Drs. 20/15035) vom 21.02.2025**

Sehr geehrter Herr Merz,  
sehr geehrter Herr Dobrindt,

mit Befremden haben wir Ihre Kleine Anfrage (Drucksache 20/15035) zur Kenntnis genommen, in der Sie eine besonders kritische Überprüfung von Organisationen fordern, die sich für Demokratie und den Kampf gegen Rechtsextremismus einsetzen.

Es stellt sich die Frage: Welches Ziel verfolgen Sie damit? Ist es Ihr ernsthaftes Anliegen, den demokratischen Diskurs zu fördern, oder geht es Ihnen vielmehr darum, jene zivilgesellschaftlichen Akteure einzuschüchtern und zu delegitimieren, die sich gegen rechte Ideologien stellen?

Sie hinterfragen die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie *Omas gegen Rechts*, *Correctiv*, der *Amadeu Antonio Stiftung* oder Umweltverbänden, die sich gesellschaftspolitisch äußern, scheinen darin eine „Schattenstruktur“ linker Einflussnahme zu sehen. Gleichzeitig fehlen in Ihrer Anfrage jegliche kritischen Nachfragen zu Organisationen, die sich am rechten Rand des politischen Spektrums bewegen und ebenso steuerliche Vorteile genießen. Ist dies ein Zufall – oder Ausdruck einer politischen Agenda, die demokratische Initiativen schwächen will?

Die CDU/CSU spricht immer wieder von einer „Brandmauer gegen die AfD“, distanziert sich in Sonntagsreden von Rechtsextremismus und ruft zur gesellschaftlichen Geschlossenheit auf. Doch wie glaubwürdig ist dieser Anspruch, wenn Sie im selben Atemzug genau jene Organisationen attackieren, die sich aktiv für Demokratie und gegen rechtsextreme Strukturen engagieren? Wie soll eine demokratische Gesellschaft gestärkt werden, wenn Sie diejenigen diskreditieren, die für Grundrechte, Vielfalt und Gleichberechtigung kämpfen?

Sie werfen NGOs vor, parteipolitisch aktiv zu sein, wenn sie sich gegen rechte Strömungen positionieren. Doch ist es nicht gerade eine Verpflichtung der Zivilgesellschaft, gegen demokratiefeindliche Kräfte

einzutreten? Warum betrachten Sie den Einsatz gegen Rechtsextremismus als parteipolitische Betätigung und nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe?

Zudem fragen wir Sie: Wollen Sie mit dieser Anfrage die Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus legen? Oder ist dies der erste Schritt zur Schwächung aller Akteure, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzen?

Ihr Vorgehen wirkt, als bereiteten Sie den Boden für die gezielte finanzielle Austrocknung und Diffamierung von Organisationen, die nicht in Ihr politisches Weltbild passen. Ist das Ihre Vorstellung von Demokratie?

Die CDU/CSU hat es in der Hand, ob sie glaubwürdig als Verteidigerin der Demokratie auftritt – oder ob sie sich durch solche Anfragen in die Nähe jener Kräfte bewegt, die selbst das demokratische System infrage stellen. Ihre Antwort auf diese Fragen wird entscheidend dafür sein, ob Sie noch als Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus wahrgenommen werden oder als dessen Wegbereiter. Wollen Sie, sehr geehrter Herr Merz, Kanzler aller Demokrat\*innen sein, oder wollen Sie gleich zu Beginn Ihrer Kanzlerschaft all jene ausgrenzen, die bereit sind, sich im Kampf gegen Rechtsextremismus mit mehr als nur wohlfeilen Worten zu engagieren?

Falls Sie mehr über unsere Initiative und unsere Aktivitäten wissen möchten, laden wir Sie freundlich ein, uns auf unserer Homepage zu besuchen.

Mit besorgten Grüßen,  
Dr. Daniela Mayer  
(Sprecherin der Initiative)



<https://aufstehen-gegen-rechts.de>

Spendenkonto: Mandelbachtaler Initiative Aufstehen gegen Rechts DE98 5945 0010 1030 7565 46